

Herrn
Siegmund Ehrmann (MdB)
Hopfenstr. 4
47441 Moers

Dietmar Heyde

Duisburg, 30.04.2009

**Strafrechtliche Ermittlungen gegen Frau Nadja B.
Berichterstattung in der BILD-Zeitung vom 17.04.2009
Ihre Stellungnahme vom 23.04.2009**

Sehr geehrter Herr Ehrmann,

als verantwortlicher Vertreter der AIDS-Hilfe Duisburg / Kreis Wesel e.V. beschäftigt mich bzw. uns als Selbsthilfe-, Interessen- und Fachverband mit dem spezifischen Auftrag der (strukturellen) HIV-/ AIDS-Prävention in der Region Duisburg und Kreis Wesel der mediale Hype um den o.a. Fall sehr und insbesondere Ihre öffentlich gemachte Haltung / Position als politischer Vertreter dieser Region.

Ich möchte Ihnen hiermit auch meine/unsere „kritische Reaktion“ zur Kenntnis bringen und Sie zu einem kritischen Dialog einladen. Über das Zitat („ ... Bio-Waffe...“) in der o.a. Berichterstattung sind wir bezüglich inhaltlicher Botschaft und der Sprache entsetzt und auch Ihre auf Ihrer HP veröffentlichte Stellungnahme kann uns nicht beruhigen, obgleich wir Ihnen Ihr Bemühen um einen konstruktiven Beitrag zur HIV-Prävention und zur Belebung der öffentlichen Wahrnehmung sicherlich abnehmen. Sie haben allerdings aus unserer Sicht der – auch in unserer Region sehr erfolgreichen - Präventionsarbeit einen Bärendienst erwiesen.

Dieser bisherige Präventionserfolg basiert im Wesentlichen auf dem Konzept der strukturellen Prävention (der Deutschen AIDS-Hilfe, getragen von der BZgA und der Bundesregierung), der niedrighschwellige, akzeptanzorientierte, emanzipatorische und entdiskriminierende sowie zielgruppenspezifische Ansätze und Arbeitsteilungen zwischen Öffentlichem Gesundheitsdienst und nichtstaatlichen Trägern im Feld der Gesundheitsförderung aufweist und der auf Aufklärung und Information (Befähigung zu einem individuellen Risikomanagement) statt auf Formen von Repression setzt und damit im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung bei der Bekämpfung einer Epidemie einnimmt. (Zweitniedrigste Prävalenz in Europa nach Andorra!)

Formen von Kriminalisierung, Repression, Marginalisierung und Moralisierung sind kontraproduktiv, weil sie eher dazu führen, dass sich Menschen mit HIV und AIDS aus Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung eben nicht outen, keine vertrauensbegründenden Beziehungsverhältnisse (mit dem Arzt, den Kolleg/innen, dem sozialen Umfeld oder auch den potentiellen Sexualpartner/innen) aufbauen. Wie aber kommen wir aus dieser „Präventionsfalle“ heraus?

Ganz sicher nicht dadurch, dass wir Menschen mit HIV und AIDS eine besondere Verantwortung zuschieben. Das funktioniert nicht! (Übrigens in keinem Präventionsfeld dauerhaft und möglichst flächendeckend und effektiv). Im Übrigen müssen wir nach wie vor davon ausgehen, dass nicht wenige Menschen (noch) nichts von ihrem Status wissen (auf Grund des sog. diagnostischen Fensters zur Feststellung einer Infektion via HIV-Testverfahren), dass sicher einige nichts von Ihrem Status wissen wollen (aufgrund der o.a. Gründe der gesellschaftlich denkbaren Reaktionen sowie auf Grund der Tatsache, dass ein HIV-positives Testergebnis auch heute noch ein Todesurteil auf Zeit ist u.a.). Wir wissen allerdings, dass heute ein großer Teil der Neuinfektionen genau von denjenigen Menschen stammen, die noch im Bereich des diagnostischen Fensters liegen (also „frisch“ Infizierte), die also noch gar nichts von ihrer Infektion wissen können. Wir fördern dementsprechend heute in ganz offensivem Maße die Testbereitschaft und das Risikobewusstsein. Und dies auch vor dem Hintergrund der deutlich verbesserten Therapieoptionen, die heute ein wesentliches Instrument im Köcher der Primärprävention sind. Unter bestimmten Bedingungen (stabile antiretrovirale Therapie über mehr als sechs Monate mit dem Effekt der Senkung der Viruslast unter eine sog. Nachweisgrenze und dem Fehlen anderer sexuell übertragbarer Krankheiten) geht von diesen HIV-positiven Menschen gar keine Infektionsgefahr aus! Wissen wir/Sie, wie das beispielsweise bei Nadja B. war? Diese Erkenntnisse spielen mittlerweile berechtigterweise auch im juristischen Geschehen eine Rolle.

Die Art und Weise der boulevardmedialen Auseinandersetzung mit dem aktuellen Fall erinnert uns leider ein wenig an die späten 80er Jahre. Sie gestatten uns vielleicht, Ihnen dazu ein Gespräch mit Ihrem CSU-MdB-Kollegen Peter Gauweiler anzuempfehlen, der dem Vernehmen nach heute sehr zufrieden darüber ist, dass seine damaligen Vorschläge sich nicht durchgesetzt haben. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, möchte ich allerdings die rechtlichen Seiten des aktuellen Falles hier nicht vertiefen.

Wie also sollte Prävention dann gelingen können? Grundlegende Philosophie dazu ist der Leitgedanke, dass jede/r (vernunftbegabte und –fähige und nicht durch Abhängigkeiten von seinen/ihren Verhältnissen daran gehinderte) Bürger/in die Verantwortung für die eigene Gesundheit selbst wahrzunehmen hat und diese nicht delegieren kann!

Diese Eigenverantwortung gilt es durch Befähigung zum individuellen Risikomanagement durch Aufklärung und Information zielgruppenadäquat zu befördern, was ein grundlegendes Menschenrecht berührt. In Deutschland ist dies laut alljährlichen Umfragen der BZgA in hohem Maße gelungen und muss (insbesondere für jede nachrückende Generation) weiter gehen. Da zum Ausleben – potentiell risikohafter- Sexualität bekanntlich immer mindestens zwei Personen gehören, werfe ich hier nur die Frage auf, wie es denn im aktuellen Fall mit der Eigen- und Sozialverantwortung des/der beteiligten Mannes/Männer aussieht? Liegt

die Verantwortung für eine Vereinbarung von Verhütungsformen nur auf Seiten der (vielleicht HIV-positiven) Frau? Und: wer ist hier überhaupt in einer Nachweispflicht bezüglich der sexuellen Geschehnisse über einen bestimmten Zeitraum (hier immerhin zwei Jahre)? Ganz zu schweigen über den, rechtsstaatlich betrachtet, skandalösen Haftgrund der „Wiederholungsgefahr“!

"Sie als Aidshilfe sind doch sicher froh, dass Aids jetzt wieder überall Thema ist", so hörten wir es in den zurück liegenden Tagen immer wieder seitens Vertreterinnen und Vertretern der Presse. Selbstverständlich brauchen unsere Präventionsbemühungen entsprechende Aufmerksamkeit. Im konkreten Fall der verhafteten No-Angel-Sängerin liegt der Fall allerdings anders. Dass eine junge Frau mit einer HIV-Infektion leben muss, ist nichts, worüber man froh sein kann. Dass diese in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt wird, widerspricht jedem Anstand und jeder Wahrung der Menschenwürde und Privatsphäre. Und eine wirksame Aufklärung und Prävention wird weder durch Kriminalisierung noch durch Moralisation begünstigt. Es kann nicht im Interesse der Aidshilfe sein, wenn eine junge Frau als "schuldig" oder "böse" abgestempelt wird, aber niemand über sein eigenes Sexualverhalten nachdenkt.

Die Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft könnte zudem bei vielen den Eindruck erwecken, der Staat habe alles im Griff und schütze durch Strafverfolgung die Bevölkerung vor HIV. Andererseits könnten manche aus Angst, kriminalisiert zu werden, von einem HIV-Test absehen. Beides hätte fatale Folgen für eine angstfreie und wirkungsvolle Prävention.

Was wir also in den letzten zwei Wochen erlebt haben, hat in vielerlei Hinsicht die Grenzen überschritten. Es scheint in Deutschland im 21. Jahrhundert zuzugehen, als gebe es keinen Datenschutz, als sei die Unschuldsvermutung romantischer Schnickschnack, als wären wir auf direktem Wege vom Rechtsstaat der Gegenwart zur öffentlichen Hexenverbrennung des Mittelalters. Wer erwartet hatte, dass die geltende Rechtssprechung bezüglich einvernehmlicher Sexualität zwischen Erwachsenen, bei der es zu einer HIV-Übertragung kommt, kritisch hinterfragt würde, darf sich ab jetzt zu den "Naivlingen" zählen.

Gestatten Sie, verehrter Herr Erdmann, mir abschließend die Empfehlung der Lektüre des „Aktionsplanes zur Umsetzung der HIV / AIDS-Bekämpfungsstrategie“ der Bundesregierung vom März 2007 sowie die Beilage zweier Beispiele für einen aus unserer Sicht seriösen journalistischen Umgang mit der aktuellen Problematik.

Ich bin zuversichtlich, dass Sie mir/uns die Ausführlichkeit unserer Reaktion nachsehen und hoffen auf einen Dialog, denn wir brauchen Ihr Engagement und Ihre Unterstützung als Volksvertreter und Botschafter für eine möglichst erfolgreiche Gesundheitsförderung der Bürger/innen unserer Region. Für Rückfragen, Gespräche oder eine Zusammenarbeit stehen wir Ihnen natürlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre AIDS-Hilfe Duisburg / Kreis Wesel e.V.

Dietmar Heyde (Youthwork / Öffentlichkeitsarbeit / Geschäftsführer)